

# Liechtensteiner Volksblatt

AZ — FL-9494 Schaan, Dienstag, 11. Juli 1972

Erscheint Dienstag/Mittwoch/Donnerstag/Samstag

Mit den amtlichen Publikationen aus Liechtenstein

105. Jahrgang — Nr. 100

## Vor 50 Jahren

Zitate aus dem  
«Liechtensteiner Volksblatt»

Samstag, 24. Juni 1922  
Druckfehlerberichtigung

In der letzten Nummer dieses Blattes hat sich leider ein sinnstörender Druckfehler eingeschlichen. Blatt 1, Spalte 2, Zeile 10 soll statt Autoritätsvereinigung heissen: Autoritätsvereinigung.

\*

Mittwoch, den 5. Juli 1922

England: Ueberfall eines Expresszuges durch Bienen

Als der Expresszug zwischen Brighton und London dieser Tage in die Station Red Hill einfuhr, geriet er in einen Bienenschwarm, der sich aufs höchste über das rücksichtslose Dahinrasen des Zuges erboste. Die Bienen überfielen die Passagiere und das Zugpersonal, und in wenigen Augenblicken widerhallte der ganze Bahnhof von den Schreien der Gestochenen. Die angegriffenen Reisenden mussten die Flucht ergreifen, und die Bienen blieben Herren des Schlachtfeldes. Mit Hilfe eines Bienenzüchters gelang es schliesslich den Schwarm zu beruhigen, der Expresszug aber konnte Red Hill erst nach halbstündiger Verspätung verlassen.

\*

Samstag, 8. Juli 1922

Mauren: Obst- und Gartenbauverein

Dass seit der Gründung des Obst- und Gartenbauvereins die Obstbäume in Mauren durchschnittlich in einer bedeutend besseren Pflege stehen, ist landbekannt. Der Verein bemühte sich auch die Vertilgung der Baumschädlinge mit Hilfe der Ortsvorsteherung energisch durchzuführen. Im ersten Sommer nach der Gründung des Vereins, im Jahre 1918, wurden über 600 Bäume mit der Blutlaus stark behaftet angezeichnet. Nach einer recht gründlichen Nachschau in diesem Sommer wurden noch ca. 70 meist schwach behaftete Bäume gefunden. Die Vertilgung wurde grösstenteils mit Dendrin durchgeführt. Soviel kann erreicht werden, wenn ein Verein, die Gemeindevorsteherung und die Bevölkerung zusammenhalten und die Sache ernst nehmen. Wohl gibt es überall einige starrköpfige Bürger, die allem guten Gemeinwesen entgegenarbeiten oder wenigstens die Sache leicht nehmen und etwa durch Vertuschung oder Schwindel der Strafe oder der Mühe und den Auslagen, zum Schaden der gewissenhaften Bevölkerung, zu entkommen suchen.

Die Blutläuse, massenhaft aufgetreten, schwächen die Bäume sehr, indem sie ihnen den Saft aussaugen und krebsartige Wulsten erzeugen, bis der Baum schliesslich elend zugrunde geht, nachdem er schon viele Jahre nur kleine Früchte brachte.

Der gemeinsame Kampf gegen die Feldmäuse mit wirksamem Gift ist in unserem Lande ebenfalls notwendig.



## Informationspolitik im Kreuzfeuer

VU-Kritik an Vizeregierungschef Dr. Walter Kieber

In der öffentlichen Landtagssitzung vom vergangenen Donnerstag wurde Vizeregierungschef Dr. Walter Kieber zweimal aus den Reihen der VU-Fraktion kritisiert. In beiden Fällen ging es um die von ihm grosszügig gehandhabte Information gegenüber der Öffentlichkeit. Im einen Fall war es der VU-Fraktionssprecher Roman Gassner, der sich als Präsident der Landtagskommission zum neuen Wahlgesetz durch eine öffentliche Aeusserung Dr. Kiebers zu Unrecht kritisiert fühlte, und im anderen der VU-Abgeordnete Herbert Kindle, der dem Vizeregierungschef das Reden in der Öffentlichkeit überhaupt unterbinden wollte. Die diesbezügliche «Kleine Anfrage» des Abgeordneten Kindle war zwar in vorsichtige und schöne Worte verpackt, liess darüberhinaus aber keine Zweifel an der wirklichen Absicht offen: das von Vizeregierungschef Dr. Walter Kieber schon zu Beginn seiner Amtszeit angekündigte «Vernehmlassungsverfahren mit dem Bürger»; die Tatsache, dass der Vizeregierungschef die Öffentlichkeit jeweils frühzeitig und in einer bislang kaum gepflegten Offenheit über die in seinen Ressorts anstehenden Aufgaben und Probleme informiert, passen dem VU-Abgeordneten Kindle offenbar gar nicht ins Konzept. Beidé Voten, jenes vom Abgeordneten Roman Gassner und jenes vom Abgeord-

neten Herbert Kindle wurden in der Samstagausgabe des Mehrheitsorgans veröffentlicht, allerdings ohne die Antwort des Vizeregierungschefs, die dieser ohne zögern sofort abgegeben hatte.

Die Erklärung Gassner: ein Missverständnis

Der VU-Fraktionssprecher Roman Gassner fühlte sich als Präsident der Landtagskommission für die Vorbereitung eines neuen Wahlgesetzes insofern zu Unrecht kritisiert, als Dr. Kieber im Rahmen einer öffentlichen Informationsveranstaltung in Schaan die Ansicht geäussert hatte, dass man ein neues Wahlgesetz nicht ohne vorherige Einführung des Frauenstimmrechtes beschliessen sollte. Bezugnehmend auf die neue Wahlgesetzvorlage, die bereits im ersten Artikel das reine Männerstimmrecht und Wahlrecht vorsieht, meinte Dr. Kieber damals wörtlich: «Aber ich glaube, dass es für jeden, der es mit dem Frauenstimmrecht ernst meint, unzumutbar ist, heute auf eine solche Gesetzesvorlage einzutreten.»

Der Abgeordnete Roman Gassner bekannte sich im Landtag erneut zum Frauenstimmrecht und unterstrich, dass seine Kommission einfach ihre Arbeit habe fortsetzen und zu Ende führen müssen. Es sei niemals die Absicht der vorbereitenden Landtagskommission gewesen, mit

der Wahlgesetzvorlage etwas Negatives vorzuentscheiden.

● Vizeregierungschef Dr. Walter Kieber bestätigte, dass er sich öffentlich gegen die Einführung eines neuen Wahlgesetzes ohne Berücksichtigung des Frauenstimmrechtes geäussert habe. Zu dieser Meinung stehe er nach wie vor! Diese Meinung sei übrigens identisch mit jener der FDP, die der VU bereits in einem Schreiben vom 17. Mai 1972 ihre diesbezügliche Haltung mitgeteilt und um Gespräche über ein gemeinsames Vorgehen in der Frauenstimmrechtsfrage gebeten habe. Auf dieses Schreiben habe die VU am 3. Juli geantwortet. Auch die VU sei in diesem Schreiben der Ansicht, dass das Frauenstimmrecht in einem neuen Wahlgesetz berücksichtigt werden müsse.

Im übrigen betonte Dr. Kieber, dass es niemals seine Absicht gewesen sei, mit der aufgezeigten Aeusserung die Arbeit der Landtagskommission zu kritisieren.

Es stellte sich somit heraus, dass sich der Abgeordnete Gassner zumindest zu Unrecht als Kommissionspräsident angegriffen fühlte. Ausserdem machte es den Anschein, als sei ihm die parteiinterne Korrespondenz zur Frage des Frauenstimmrechtes (der FDP-Brief vom 17. (Fortsetzung Seite 2))

## Fragen zu Sennwald und Rütli

Abg. Anton Gerner begründet Interpellation

Wie wir bereits in unserer Ausgabe vom vergangenen Samstag berichtet haben, nahm der Landtag in seiner Sitzung vom 6. Juli auch von einer Interpellation Kenntnis, die sich mit dem geplanten Oelumschlagplatz in Sennwald und mit dem Projekt eines Atomkraftwerks in Rütli befasst. Die Interpellation, die in erster Linie von den Unterländer FDP-Abgeordneten Anton Gerner, Dr. Ernst Büchel und Dr. Georg Malin sowie dem VU-Abgeordneten Dr. Franz Beck unterzeichnet worden war, wurde nach ihrer Einreichung auch von den VU-Abgeordneten Dr. Franz Nägele, Cyrill Büchel und Eugen Hasler unterschrieben. Im Laufe der Parlamentsitzung wurde sie dann vom FDP-Abgeordneten Anton Gerner begründet. Wir veröffentlichen nachstehend den Text seiner Ausführungen.

«Innert weniger Jahre hat das Bewusstsein um sich gegriffen, dass unsere Umwelt und wir in ihr bedroht sind. Unsere Gewässer sind durch übermässige Belastung durch biologische und industrielle Abfälle arg verschmutzt, unsere Luft wird durch die Abgase der Hausfeuerungsanlagen, des motorisierten Verkehrs

und der Industrie zunehmend verunreinigt und unsere Böden, die Organismen, unsere Lebensmittel und wir selbst werden oft von toxischen Rückständen, von Pestiziden, Blei, Quecksilber usw. mehr und mehr durchsetzt.

Lärm, wirtschaftliche und touristische Erschliessung erholsamer Gebiete bringen uns

mehr und mehr um Möglichkeiten echter Entspannung und Ruhe. Rodung, Melioration und Ueberbauung bringen eine Pflanzen- und Tierart nach der anderen zum Aussterben und führen zu einer irreversiblen Verarmung einer ursprünglich sehr mannigfaltigen Natur. Unersetzliches Kapital an Boden, an Rohstoffen und Energieträgern (welches Jahrmillionen brauchen, um sich aufzubauen) wird innert weniger Jahrzehnte verbraucht. Die natürlichen Kreisläufe des Wassers, des Sauerstoffs und des Kohlenstoffs werden über ihre Kapazität beansprucht.

Ver mehrt wurde in den letzten Jahren auf die genannten Faktoren, die unsere Umwelt und damit uns selber bedrohen, hingewiesen. Die Kenntnis der schädigenden Faktoren darf heute in der breiten Öffentlichkeit vorausgesetzt werden. Der Wille, Abhilfe zu schaffen, wird von Behörden und Politikern überall proklamiert; man trifft sich sogar zu Umweltkonferenzen auf breiter Basis.

Wir dürfen, wenn wir auf die letzten Jahre zurücksehen, feststellen, dass auch bei uns — besonders auf dem Gebiete des Gewässerschutzes — vieles unternommen wurde, um der zunehmenden Umweltgefährdung Einhalt zu gebieten. Vieles wurde unternommen, aber längst nicht alles, was nötig wäre.

Wissenschaftliche Untersuchungen zeigen, dass unsere Umwelt deshalb krank ist, weil sie durch das anhaltende Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum über ihre Grenzen beansprucht wird. Wir verbrauchen das X-fache an Sauerstoff für unsere technische Energiegewinnung, als die Bevölkerung zum Atmen; wir erzeugen das Vielfache an Haushalts- und Industrieabfällen, als unbedingt nötig wäre. Der Europäer, der zum Leben im Tag nur zwei Liter Wasser benötigt, verbraucht durchschnittlich 500 Liter Wasser.

Mit den eingeleiteten Umweltschutzmassnahmen sind wir leider nur im Stände einzelne (Fortsetzung Seite 3)

## UNITAR-Seminar auf Gaflei

Im Alphotel Gaflei tagten vom Freitag bis Sonntag rund 30 Persönlichkeiten aus verschiedenen Ländern der Welt, sowie Vertreter internationaler Organisationen. Zweck des UNITAR-Seminars war es, Möglichkeiten zur besseren Zusammenarbeit zwischen den internationalen Organisationen zu suchen und Vorschläge auszuarbeiten, die den Mitgliedstaaten ihre Arbeit für diese Organisationen vereinfachen können. Unser Bild, das anlässlich der Eröffnung der Tagung aufgenommen wurde, zeigt (v.l.n.r.) UNITAR-Direktor O. Schachter, Regierungschef Alfred Hilbe, Sir Peter Smithers, ehemaliger Generalsekretär des Europarates und S. D. Prinz Heinrich von Liechtenstein, der zusammen mit Graf A. F. von Gerliczy-Burlan unser Land am UNITAR-Seminar vertrat. — Im Anschluss an die Tagung fand im Alphotel Gaflei eine Pressekonferenz statt, die über die Ergebnisse der Tagung informierte. Wir werden in unserer morgigen Ausgabe näher darauf eingehen. (Foto: Peter)

